

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner
Rat

An die
Vorsitzende des Ausschusses
für Schule und Weiterbildung
Frau Gisela Manderla

Herrn
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 18.01.2010

AN/0133/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Schule und Weiterbildung	18.01.2010

Gewalt- und Amokprävention an Kölner Schulen

Sehr geehrte Frau Manderla,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Antragsteller bitten Sie die o.g. Beschlussvorlage wie folgt zu ersetzen:

Beschlussentwurf:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung appelliert an die Bezirksregierung, als Schulaufsicht bessere Rahmenbedingungen an den Schulen vor Ort zu schaffen, um Anzeichen möglicher Gewalt gegen Mitschülerinnen und Mitschüler oder Amokdrohungen wirksam unterbinden zu können.

Dazu gehört die Bereitstellung von fachspezifisch ausgebildetem Personal, mehr Ganztagsangebote an weiterführenden Schulen sowie der Ausbau vorhandener Netzwerke und die Unterstützung der sogenannten „Krisenteams“ an den einzelnen Schulen, eine Kooperation aus Polizei, dem Schulträger, dem schulpsychologischen Dienst, der Jugendhilfe, der Familienberatung und der Schule selbst.

Unverzichtbar sind ebenso Beratungs- und Fortbildungsangebote für Lehrerinnen und Lehrer.

Wir fordern die Landesregierung auf, die von ihr selbst ins Leben gerufenen Krisenteams für verbindlich zu erklären und angemessene Entlastung zu gewähren. Als Schulaufsicht wird

sie gebeten, die Schulleitungen zu verpflichten, schuleigene Krisenteams zu bilden und sie als kompetente Ansprechpartner/-partnerinnen innerhalb der Schule zu etablieren.

Die Kölner Verwaltung wird darüber hinaus gebeten, mit dem Schulpsychologischen Dienst und den Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) den Schulen als kompetente Ansprechpartnerin zur Verfügung zu stehen, um somit eine effektive Unterstützung in der Gewaltprävention vor Ort zu gewährleisten.

Begründung:

Vor zwei Jahren wurden die Notfallpläne „Hinsehen und Handeln“ durch das Schulministerium NRW vorgelegt. Für alle Schulen in NRW wurde ein dreistufiges Konzept beschrieben.

Damit einhergehend wird die Einrichtung von sogenannten Krisenteams begründet, eine Kooperation aus Polizei, Schulträgern, dem schulpsychologischen Dienst der Stadt, der Jugendhilfe, der Familienberatung und nicht zuletzt der Schule über Lehrer/Lehrerinnen und Fachkräfte.

Diese Krisenteams gilt es zu unterstützen, um aus dem schulischen Umfeld Warnsignale aufzugreifen und im Verbund einzelfallbezogene Intervention zu ermöglichen und besorgniserregenden Entwicklungen entgegen zu wirken.

Dreh- und Angelpunkt bleibt aber die Schule selbst. Leistungsdruck, soziale Schieflagen und Versagensängste sind vielfach an der Tagesordnung. Dem muss durch eine individuelle Förderung und ein längeres gemeinsames Lernen entgegengewirkt werden.

Obwohl eine Landesaufgabe, hat der Rat der Stadt Köln im vergangenen Jahr die Schulsozialarbeit in den Schulen personell erheblich verstärkt und damit bereits einen wichtigen Beitrag für genau diese Krisenteams geleistet.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Zimmermann
SPD-Fraktionsgeschäftsführer


Jörg Frank
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer